

GPA-djp Position zur Europäischen Krise

## **Zeit für einen Kurswechsel – Europa braucht einen Pakt für Beschäftigung, qualitatives Wachstum und soziale Investition**

1. Seit dem Jahr 2007 sind die Staatsschulden EU-weit enorm gestiegen. Vielfach wird getrommelt, dass die Krise der Euro-Zone v.a. in einer laxen Budgetpolitik und in überzogenen Sozialstaaten begründet sein soll. Das verkennt jedoch komplett die Ursachen der Verschuldungskrise. Sie ist die direkte Folge der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise, die in hohem Maß auf einer über Jahrzehnte vorangetriebenen Deregulierung der Finanzmärkte basiert. Diese Finanzmarktkrise hat gewaltige Kosten zur Bankenrettung mit sich gebracht und hohe Ausfälle an Steuer- und Beitragseinnahmen bewirkt. Es wird immer deutlicher: Durch den eingeschlagenen Weg, die Union aus der Krise hinaus sparen zu wollen, spitzen sich die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Krise europaweit immer mehr zu.

Die Stabilisierung von Beschäftigung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze werden immer schwieriger. Europa manövriert sich nachhaltig in eine aufs äußerste angespannte Beschäftigungslage, allem voran - aber nicht nur - für Jugendliche. Seit dem Ausbruch der Krise sind die Arbeitslosenzahlen EU-weit um 20 % gestiegen. In mehreren EU-Ländern beträgt die Jugendarbeitslosigkeit heute mehr als 50%. Das ist Wahnsinn! Das ist ein Skandal! Das ist auch demokratiepolitisch in höchstem Maß bedenklich. Dazu kommt, dass die Auflagen der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF, die im Zuge von Haftungen und Kreditvergaben Platz greifen, in den von der Krise am stärksten betroffenen Staaten mit einem Angriff auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie auf die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer/innen verknüpft sind. Besonders deutlich wird dies bei Forderungen nach Kürzung gesetzlicher Mindestlöhne und der Aushebelung von Tarifverträgen, wie in Irland und Griechenland passiert.

Kein Wunder, dass die EU vor diesem Hintergrund in den Augen der Bürger/innen in immer größeren Teilen Europas zu einem Synonym für rigide Sparmaßnahmen, Sozialabbau und Wohlstandsverlust wird, während auf der anderen Seite die tiefliegenden Ursachen der Krise immer noch gänzlich vernachlässigt und nicht hinreichend bekämpft werden. – Alles das schreit nach entschlossenem Handeln!

2. Doch die bisherigen Antworten zur Krisenlösung sind nicht nur ungenügend sondern auch kontraproduktiv, da sie von falschen Analysen ausgehen und daher auch falsche Antworten geben. Die bislang geschnürten Pakete zur Rettung der Euro-Zone sind höchst einseitig auf die Festbeschreibung einer Sparunion ausgerichtet. In vielen Ländern werden die Kosten in Form rigoroser Sparpakete, Lohnkürzungen und ausbleibenden Investitionen v.a. jenen aufgebürdet, die die Krise nicht verursacht haben. Die gleichzeitige Einleitung von Sparprogrammen in der EU birgt die Gefahr in sich, den Sozialstaat zu stützen, die wirtschaftliche Abwärtsbewegung zu beschleunigen und die Wachstumsaussichten weiter einzutrüben. Auf der Strecke bleibt die Binnennachfrage als letzte Stütze der Konjunktur. Das ist definitiv der falsche Weg, um die dauerhafte Wachstumsschwäche in weiten Teilen Europas zu korrigieren und die EU insgesamt wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

Die europaweit betriebene Sparpolitik droht Europa nachhaltig in eine Rezession zu stürzen. Mehrere Staaten steuern auf eine mehrjährige massive Rezession hin, die in eine Depression zu führen droht. Trotzdem hält die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs in der EU am Kurs einer als alternativlos hingestellten Austeritätspolitik fest. Mit dem Fiskalpakt, der u.a. eine verpflichtende Schuldenbremse vorsieht und mit dem nachhaltig in das europäische Vertragswerk eingegriffen wird, ohne das Procedere für EU-Vertragsänderung einzuhalten, folgt ein weiterer Baustein. Ein noch strengeres Korsett in der Budgetpolitik mit weitreichenden Sanktionsmöglichkeiten birgt das Risiko, die europäische Konjunkturpolitik völlig zum Stillstand zu bringen.

3. Wenn hier kein Politikwechsel Platz greift, dann prolongiert Europa über Jahre hinweg die bereits heute bestehende Rezessionsgefahr und riskiert einen in breiten Umfang sozialen Kahlschlag. Es droht ein "verlorenes Jahrzehnt", mit enormen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kosten. Um hier entgegenzuwirken bedarf es rasch zielgerichteter europäischer und nationaler Investitionen mit hoher Beschäftigungswirkung, die koordiniert umgesetzt werden müssen. Europa braucht rasch einen wirtschaftspolitischen Umkehrschwung, der der EU wieder eine progressive und soziale Zukunft gibt. Dieser muss dem Kern nach die Verteilungsfrage integrieren und eine Beschleunigung bei der Regulierung der Finanzmärkte herbeiführen, sodass diese ihrer dienenden Rolle für die Realwirtschaft wieder gerecht werden.

Was Europa heute im 4. Jahr der Krise braucht - in einer Zeit in der die Arbeitslosigkeit höher steigt und die Arbeitsmarktchancen insbes. für Jugendliche schlechter sind, als je zuvor und in der der halbe Kontinent in einer tiefen Rezession steckt - das ist kein budgetpolitisches Zwangskorsett und das sind auch keine Arbeitsmarktreformen, die die Nachfrage in vielen Ländern zum Erliegen bringt. Was Europa braucht, das sind ernsthafte Schritte, um die Risiken zum langfristigen Einbruch der europäischen Konjunktur auszuräumen, die dem Fiskalpakt innewohnen, und welche die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und sozialen Ungleichheiten ernsthaft anzugehen.

Es bedarf rasch einer europaweit koordinierten Investitionsoffensive, um den dringend notwendigen Spielraum für Wachstum und Beschäftigung nachhaltig abzusichern. Eine Pseudowachstumsinitiative, die nur altbekannte Forderungen nach weiteren Strukturreformen und Deregulierungen wiederholt, ist jedenfalls abzulehnen. Die Konsolidierung der Staatshaushalte muss darüber hinaus nachhaltig mit einer effizienten Regulierung der Finanzmärkte und einer aktiven Wachstums- und Beschäftigungspolitik verbunden werden. Bei der Reduktion der Staatsschulden ist weiteren Kürzungen im Sozialbereich entgegenzutreten, stattdessen ist weiterhin auf eine vermehrte einnahmeseitige Konsolidierung zu drängen. Es braucht nicht weniger Europa, es braucht ein mehr von einem anderen, einem sozialeren Europa.

4. Die im Fiskalpakt vereinbarten Ziele zum Schuldenabbau sind für viele Länder ohne eine substantielle und effektive Wachstumskomponente unerreichbar. Europa braucht daher einen sozialen Pakt, einen Pakt für Beschäftigung, qualitatives Wachstum und soziale Investition, der die dem Fiskalpakt innewohnenden rezessions- und armutsgefährdenden Zähne zieht und zugleich Platz für Wachstum und Beschäftigung schafft. Im Zuge intelligenter Konsolidierungen der Haushalte wird dabei neben Ausgabenkürzungen, die sozialverträglich gestaltet sein müssen, auch die Erschließung neuer Einnahmequellen unumgänglich sein.

Für die GPA-djp ist vor diesem Hintergrund klar, dass der europäische Fiskalpakt in der vorliegenden Fassung die falsche Antwort auf die Krise ist. Statt einer übereilten Beschlussfassung soll der Ratifizierungsprozess für eine breite, auch auf europäischer Ebene zu führende Debatte, über die Auswirkungen des Fiskalpaktes v.a. auch auf die Arbeitnehmer/innen sowie über die weiteren Krisenbewältigungsstrategien in der EU genutzt werden, mit dem Ziel, einen **Pakt für Wachstum, Beschäftigung und Investition** auf den Weg zu bringen.

5. Folgende Punkte müssen daher Bestandteil einer solchen, die Konjunktur und Beschäftigung in den Mitgliedsstaaten stützenden Ergänzung der neuen fiskalpolitischen Regeln in der EU sein:
- **Entmachtung der Finanzmärkte bei der Staatsfinanzierung**, erweiterte und wirksame Fortschritte bei der **Regulierung der Finanzmärkte** sowie solidarischer Lösungen auf EU- bzw. Euro- Ebene, die einen Schuldenabbau in den sog. Defizitländern erst ermöglichen, wozu die **Erstreckung bei Kreditrückzahlungsfristen** ebenso gehören, wie der Einstieg in **neue Finanzierungsinitiativen zur gemeinschaftlichen Haftung** (u.a. Eurobonds, Projektbonds, Schuldentilgungsfond);
  - **Eurobonds** können die Staaten aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreien. Die Grundidee besteht darin, dass die Eurozone als Ganze für Anleihen haftet. Dies würde die Spekulation

gegen einzelne Staaten wirksam verhindern und das Zinsniveau für die meisten Staaten deutlich senken. Bei Eurobonds könnten nicht mehr einzelne Länder attackiert werden, die Investoren müssten den ganzen Euroraum meiden, was sehr unwahrscheinlich ist.

- Eine **Banklizenz für den ESM** zum Zweck seiner Refinanzierung bei der EZB würde erheblich zur Beruhigung der Märkte beitragen; Nachdem die Sparpolitik in den nächsten Jahren zu einer wirtschaftlichen Stagnation geführt hat, sind Inflationsängste unangebracht;
  - Es braucht dringend einer **europäischen Beschäftigungsoffensive**, mit dem Ziel, die Arbeitslosenquote insbes. der europäischen Jugend deutlich zu senken, wozu zusätzliche Finanzmittel im Rahmen des laufenden wie auch im künftigen EU-Finanzrahmen sicherzustellen sind;
  - Europa braucht eine soziale Wachstumsstrategie. Dazu gehört auch die **Erschließung neuer Wachstumsfelder**, wozu v.a. auch eine europaweit koordinierte und beschäftigungswirksame Investitionsoffensive im öffentlichen und privaten Bereich, Investitionen in die Zukunft, in Bildung, aber insbesondere auch im Bereich der sozialen Infrastruktur, also mehr, nicht weniger Soziales: Der Sozialstaat ist in Europa nicht an seinem Ende, er muss gerade jetzt in seinen Fundamenten und in seiner Substanz abgesichert werden;
  - **Abbau gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte** und Kampf gegen wachsende soziale Ungleichheiten in der EU, wozu auch die **Absicherung und die Stärkung des institutionellen Gestaltungsrahmens der Sozialpartner** auf europäischer und innerstaatlicher Ebene gehört - somit gilt auch: Eingriffe von EU-Institutionen in die Autonomie der Sozialpartner bei der Lohnfindung müssen verhindert werden: Grundrechte, Demokratie und Sozialstaat dürfen nicht ins Abseits geraten, sie müssen endlich in den Mittelpunkt der EU-Politik treten;
  - europaweite Maßnahmen zur **Stärkung der Steueraufkommensbasis der Mitgliedstaaten**, die die Konjunktur und Binnennachfrage schonen - also keine Massensteuern sondern ein generelles Überdenken der Steuersysteme; Öffentliche Investitionen für Wachstum und Beschäftigung sind aus Stabilitäts- wie auch aus Verteilungsgründen insbes. durch eine deutliche **Erhöhung der Steuern auf Vermögen und Spitzeneinkommen** zu finanzieren;
  - Flankiert werden muss dies durch eine bessere **Koordinierung der Steuerpolitik auf EU-Ebene**, mit dem Ziel, den **Steuerwettbewerb** zu **beenden**; Neben der Vermeidung von Steuerhinterziehung (u.a. durch Schließung von Steueroasen) muss der Erhalt der Steuerbasis allgemein im Mittelpunkt einer solchen Koordinierung stehen.
  - Europa muss handeln, bei den Finanzspekulationen und den Unternehmenssteuern. An vorderster Front muss die rasche Einführung der **Finanztransaktionssteuer** stehen. Auch Unternehmenssteuern, deren Aufkommen stark zurückgegangen ist, sind zu koordinieren, über EU-weite **Mindestsätze bei der Körperschaftssteuer** auf Basis einheitlicher Bemessung.
6. Nur so kann ein Weg raus aus der Krise gelingen, der eine weitere wirtschaftliche und politische Spaltung Europas verhindert und an dessen Ende kein sozialer Trümmerhaufen in zahlreichen EU-Ländern steht. Die GPA-djp unterstreicht in diesem Zusammenhang die Unterstützung für die griechische, irische, portugiesische und spanische Bevölkerung. Diese Länder sind ein wesentlicher Bestandteil der EU und der Eurozone. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen solidarisch hinter ihnen stehen und alle Maßnahmen einstellen, sie noch tiefer in die Verarmung zu führen.

Um den negativen Trend umzukehren, ist eine Art Marshall-Plan für Wachstum und Beschäftigung in diesen Ländern notwendig. Die Konsolidierung muss so erfolgen, dass in den betroffenen Staaten das Wachstum nicht abgewürgt und ein soziales Spardiktat unausweichlich wird, d.h. auch Aufstockung und längere Laufzeiten beim „Rettungsschirm“ und solidarische Lösungen zur Verallgemeinerung von Zinssätzen, die auch für Defizitländer leistbar sind. Nur so ist der exorbitanten Zinsaufschlag zu reduzieren, den diese Länder für ihre Staatsanleihen derzeit zahlen.

Da innerhalb der Währungsunion der Ausgleich der Leistungsbilanzsalden durch Wechselkursänderungen nicht mehr möglich ist, muss es letztlich um einen symmetrischen Abbau interner Ungleichgewichte innerhalb der EU-Länder gehen. Aus der Misere kann Europa nur herauskommen, wenn sich alle entsprechend ihrer Möglichkeiten an der Lösung beteiligen. Die Schuld einfach den südlichen Mitgliedsstaaten zu geben, verschärft die Situation und führt in die Sackgasse. Der Anpassungsprozess kann nur gelingen, wenn er gemeinsam erfolgt. Dazu müssen die Defizitländer ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen (insb. durch Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung) und die Länder, deren wirtschaftliche Lage besser ist, ihren Binnenkonsum stärken (v.a. auch durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der öffentlichen Ausgaben).